



Der wiederentdeckte Wachstumsmotor

Industrie. In einem Punkt sind sich die Politiker in der EU wohl einig: Damit es in den Krisenstaaten wieder aufwärts geht, muss die Wirtschaft wachsen. Der Weg dorthin ist zwar umstritten, doch ohne eine Stärkung der Industrie wird es sicherlich nicht gehen. Die EU-Länder täten also gut daran, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass Industriefirmen verstärkt an europäischen Standorten investieren. 

Vor kurzem hat der ungarische EU-Sozialkommissar László Andor die schon häufiger geäußerte Kritik an den deutschen Exportüberschüssen wiederholt: Diese würden die

europäische Währungsunion gefährden. Deutschland müsse deshalb die Lohnzurückhaltung aufgeben.

Tatsächlich aber hat Deutschland seine Erfolge im Außenhandel in

erster Linie seiner starken Industrie zu verdanken. Wurde die Industrie noch vor einigen Jahren in Europa als Auslaufmodell belächelt, ist sie heute wieder als wichtiger Wachstumsfaktor anerkannt.

Zu den Gründen zählt, dass Unternehmen des Industriesektors viele Dienstleistungen nachfragen und so auch in diesen Branchen die Wertschöpfung steigern. Zudem ist die Industrie überdurchschnittlich produktiv und zahlt relativ hohe Löhne – in Deutschland etwa liegt der durchschnittliche Bruttolohn je Arbeitsstunde in der Industrie bei knapp 24 Euro, im Servicesektor sind es nur rund 20 Euro. Außerdem ist die Industrie besonders engagiert in der Ausbildung und forscht sehr viel intensiver als die übrigen Wirtschaftsbereiche.

Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Wachstumsschwäche einiger europäischer Länder mit den langjährigen Problemen ihrer Industriebranchen zu tun hat. Ein Blick auf die Fakten ist jedenfalls ziemlich ernüchternd (Grafik): 

Industrie: Die globale Konkurrenz wächst

Jahresdurchschnittliche Veränderung der industriellen Bruttowertschöpfung von 1995 bis 2011 in Prozent

Schwellenländer Asien	11,8	China, Indien, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam, außerdem Südafrika
Schwellenländer Europa	7,1	12 mittel- und osteuropäische EU-Länder, Russland, Türkei
Schwellenländer Amerika	6,3	Brasilien, Chile, Mexiko
Industrieländer Amerika	3,2	Kanada, USA
Industrieländer Europa	2,2	EU-15, Island, Norwegen, Schweiz
darunter: Deutschland	2,4	
Andere Industrieländer	0,8	Australien, Japan, Südkorea, Neuseeland, Israel
Insgesamt	4,3	

Bruttowertschöpfung: auf Dollarbasis; Ursprungsdaten: Eurostat, OECD, Weltbank, Welthandelsorganisation

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 19

Inhalt

MINT-Fachkräfte. Bis 2020 werden dem deutschen Arbeitsmarkt voraussichtlich rund 1,4 Millionen beruflich qualifizierte MINT-Fachkräfte wie Mechatroniker oder Elektriker fehlen.
Seite 3

Mindestlohn. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde würde für 6,1 Millionen Menschen gelten. In Westdeutschland bekämen ihn 16 Prozent aller Arbeitnehmer, im Osten 32 Prozent.
Seite 4-5

Zuwanderung. Deutschland ist ein Einwanderungsland: Im Jahr 2012 kamen fast 370.000 Menschen mehr nach Deutschland, als wegzogen. Die neuen Bürger stammen meist aus Europa.
Seite 6-7

IW-Konjunkturumfrage. Die Mehrheit der Unternehmer schaut optimistisch in die Zukunft: 61 Prozent der Betriebe gehen von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung aus.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ **In den westeuropäischen Industrieländern ist die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe von 1995 bis 2011 im Jahresdurchschnitt zwar um 2,2 Prozent gestiegen – die asiatischen Konkurrenten kamen jedoch auf 11,8 Prozent.**

Die westeuropäische Industrie hat aber nicht nur auf dem Weltmarkt an Boden verloren. Auch innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften zeigte sie wenig Dynamik. Entsprechend ging der Industrieanteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Westeuropa zwischen 1995 und 2011 im Schnitt von rund 20 auf 15 Prozent zurück.

Dabei lassen sich jedoch nicht alle Länder über einen Kamm scheren:

Der Anteil der deutschen Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist seit 1995 um 0,6 Prozentpunkte auf rund 23 Prozent gewachsen.

Ganz anders sah es beispielsweise im Nachbarland Frankreich aus – dort fiel der Industrieanteil um etwa 6 Punkte auf nur noch 10 Prozent.

Dies erlaubt aber keineswegs den Schluss, das deutsche Verarbeitende Gewerbe sei auf Kosten anderer Länder gewachsen. Vielmehr ist die Industrie in der EU immer stärker verflochten. Dies zeigt der sogenannte Offenheitsgrad, der den Außenhandel in Relation zur inländischen Wertschöpfung abbildet (Grafik):

Der Offenheitsgrad der deutschen Industrie im Handel mit den anderen EU-Ländern ist seit 1995 von 55 auf 98 Prozent gestiegen.

Damit wurden 2011 zwischen Deutschland und der übrigen EU im Schnitt fast genauso viele Industriewaren gehandelt, wie die Firmen hierzulande erzeugen.

Immer enger werden die Verbindungen auch aus der Perspektive der EU-Partner – ihr Offenheitsgrad im industriellen Handel mit Deutschland erhöhte sich von 26 Prozent Mitte der 1990er Jahre auf 42 Prozent im Jahr 2011. Besonders stark stiegen die EU-Exporte von Vorleistungswaren wie Kunststoffen oder Computerchips nach Deutschland.

Insgesamt legen die Daten zwei Schlussfolgerungen nahe:

- **Erstens** haben die deutschen Industriefirmen ein großes Interesse daran, mit leistungsfähigen europäischen Partnern und Zulieferern zusammenzuarbeiten.
- **Zweitens** profitiert die Industrie in den anderen EU-Staaten von den deutschen Exporterfolgen. So zeigt eine wissenschaftliche Analyse, dass die Vorleistungsexporte der EU-Partner um 9 Prozent steigen, wenn die gesamten deutschen Ausfuhren um 10 Prozent zulegen – ein bemerkenswert enger Zusammenhang.

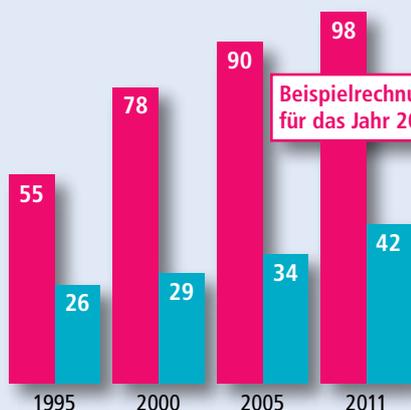
Damit ist klar, dass der Politik die Zukunft der Industrie in Europa nicht gleichgültig sein kann. Doch eine gezielte Förderung einzelner Industriezweige, mit der die EU-Kommission liebäugelt, ist nicht zu empfehlen. Denn in der Regel können Behörden zukunftsweisende Branchen schlechter ausfindig machen als der Markt.

Vielmehr müssen die Regierungen die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit Industrieunternehmen an einem bestimmten Standort investieren und so für Arbeitsplätze und Wohlstand sorgen (vgl. iwD 43/2012). Entscheidend sind unter anderem eine preiswerte Energieversorgung, eine verlässliche Rechtsordnung, wenig Bürokratie, eine gut ausgebaute Infrastruktur und ein breites Angebot an qualifizierten Fachkräften.

Industrie in Europa: Intensiver Handel

Als Offenheitsgrad bezeichnet man den Durchschnittswert aus Exporten und Importen in Prozent der Bruttowertschöpfung. Je höher also der Offenheitsgrad eines Landes, desto intensiver ist – gemessen an der inländischen Wertschöpfung – der Außenhandel.

■ Offenheitsgrad der deutschen Industrie im Handel mit der EU ■ Offenheitsgrad der Industrie der anderen EU-Länder im Handel mit Deutschland



Wert der deutschen Exporte von Industriewaren in die anderen EU-Länder in Milliarden Dollar	808,3
Wert der deutschen Importe von Industriewaren aus den anderen EU-Ländern in Milliarden Dollar	623,1
Durchschnitt in Milliarden Dollar	715,6
Bruttowertschöpfung der deutschen Industrie in Milliarden Dollar	729,1
Offenheitsgrad in Prozent	98

Andere EU-Länder: ohne Bulgarien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Rumänien, Zypern
 Ursprungsdaten: OECD



IW-Analysen Nr. 88

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa, Köln 2013, 122 Seiten, 21,90 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

Zu wenig Nachwuchs

MINT-Fachkräfte. In den vergangenen Jahren haben zwar immer mehr MINTler mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung eine Beschäftigung gefunden. Allerdings kann der wachsende Bedarf kaum gedeckt werden – es fehlt an Nachwuchs. 

Wenn es um MINT geht – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik –, denken die meisten an Ingenieure, Biologen oder Mathematiker, also Akademiker. Unter den Tisch fallen dabei aber die Mechatroniker und Elektriker, also die MINT-Fachkräfte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Auch deren Beschäftigung hat zuletzt zugenommen (Grafik):

Zwischen 2005 und 2010 ist die Zahl der Erwerbstätigen mit einer abgeschlossenen MINT-Berufsausbildung jährlich um durchschnittlich 1 Prozent auf mehr als 9 Millionen gestiegen.

Dadurch, dass ältere MINT-Fachkräfte mittlerweile bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben, hat die Zahl der Erwerbstätigen ab 45 Jahren im selben Zeitraum im Schnitt um 5 Prozent zugelegt. Bei den unter 45-Jährigen ist die Erwerbstätigkeit dagegen um fast 2 Prozent gesunken.

Auch entscheiden sich nach wie vor vergleichsweise wenige Frauen für eine MINT-Laufbahn. So ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen mit einer abgeschlossenen Ausbildung in den MINT-Berufen zwischen 2005 und 2010 lediglich um 0,5 Prozent pro Jahr gestiegen, bei den Männern waren es im selben Zeitraum jahresdurchschnittlich 1,2 Prozent.

MINT-Fachkräfte in Deutschland

Erwerbstätige mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), z.B. Elektriker, Mechatroniker, im Jahr 2010 in Deutschland in 1.000  Durchschnittliche jährliche Veränderung gegenüber 2005 in Prozent

Insgesamt	9.165,4		+1,1
davon: unter 45 Jahren	4.723,3	-1,9	
ab 45 Jahren	4.442,1		+5,0
Frauen	1.042,8		+0,5
Männer	8.122,6		+1,2

Alle Arbeitskräfte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung inklusive Meister und Techniker im entsprechenden MINT-Bereich
 Ursprungsdaten: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Imd 19

Zwar hat sich die MINT-Beschäftigung in den vergangenen Jahren alles in allem positiv entwickelt. Allerdings droht ein Nachwuchsendpass, denn infolge der demografischen Entwicklung werden die Jahrgänge immer kleiner. Hinzu kommt, dass sich immer mehr Jugendliche nach dem Abi für ein Studium entscheiden. So wählen Schüler, die früher einen MINT-Ausbildungsberuf gewählt hätten, heute oft ein MINT-Studium.

Das Problem wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen, wenn immer mehr MINT-Fachkräfte altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Aktuell gehen jedes Jahr etwa 213.000 MINT-Fachkräfte in Rente – ab 2020 werden es schätzungsweise 270.000 Personen jährlich sein.

Diesem Ersatzbedarf stehen sinkende Nachwuchszahlen gegenüber: Während im laufenden Jahr noch knapp 175.000 junge Menschen mit einer beruflichen MINT-Qualifikation auf den Arbeitsmarkt kommen dürften, werden es im Jahr 2025 nur noch knapp 143.000 Personen sein. Insgesamt werden bereits bis 2020 gut 600.000 MINT-Fachkräfte mehr in Rente gehen, als aus dem System

der beruflichen Bildung nachrücken. Hinzu kommt, dass der Bedarf an MINT-Fachkräften steigt – unterm Strich beläuft sich die entsprechende Lücke bis 2020 deshalb sogar auf rund 1,4 Millionen Personen.

Noch ließe sich diese Lücke dadurch schließen, dass ältere Arbeitnehmer länger arbeiten – ein späterer Renteneintritt würde dem Arbeitsmarkt rund 244.000 MINT-Fachkräfte mehr zur Verfügung stellen. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie könnte weitere 11.000 MINT-Fachkräfte bringen.

Langfristig reichen diese Maßnahmen allerdings nicht aus, um den Engpass der beruflich qualifizierten MINT-Fachkräfte zu beseitigen. Vielmehr muss die MINT-Bildung in Deutschland durch eine stärkere Berufsorientierung für technisch-naturwissenschaftliche Ausbildungsberufe oder durch ausländische Fachkräfte gefördert werden.



Gutachten

Christina Anger, Vera Demary,
 Oliver Koppel, Axel Plünnecke:
 MINT-Frühjahrsreport 2013

www.iwkoeln.de/studien/gutachten

Fakten zum Mindestlohn

In Deutschland gibt es für fast 4 Millionen Arbeitnehmer tarifliche Branchenmindestlöhne, die vom Bundesarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt wurden und damit für alle Unternehmen gelten – egal ob tarifgebunden oder nicht. Die Höhe dieser Mindestlöhne beträgt je nach Region 7,00 bis 13,70 Euro je Stunde.

Ein genereller Mindestlohn von 8,50 Euro, wie ihn die Gewerkschaften fordern, würde 6,1 Millionen Arbeitnehmern zuteil werden. In Westdeutschland bekämen 16 Prozent aller Arbeitnehmer einen solchen Mindestlohn, in Ostdeutschland 32 Prozent.

Ein Lohn von 8,50 Euro je Stunde entspräche 53 Prozent des Durchschnittslohns – selbst in Frankreich bekommen Mindestlohnbezieher nur 48 Prozent des dortigen Durchschnittslohns.

Nach Wirtschaftszweigen betrachtet wären vor allem die Land- und Forstwirtschaft sowie der Handel und die

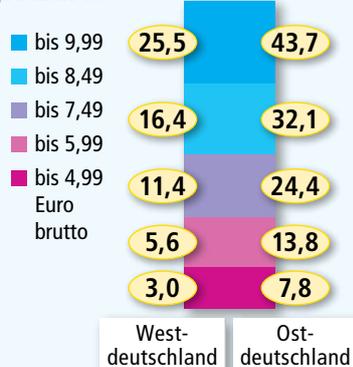
Gastronomie betroffen. Denn im Agrarsektor verdienen derzeit mehr als 40 Prozent der Beschäftigten weniger als 8,50 Euro je Stunde, im Handel und der Gastronomie sind es gut ein Drittel. Besonders häufig bekämen alleinerziehende Arbeitnehmer den Mindestlohn. Von ihnen arbeiten derzeit fast 30 Prozent zu Stundenlöhnen von weniger als 8,50 Euro. Hier spiegelt sich unter anderem wider, dass Alleinerziehende meist nur geringfügig beschäftigt sind oder halbtags arbeiten.

Arbeitnehmer mit einem niedrigen Stundenlohn müssen aber in der Regel nicht allein von ihrem Verdienst leben. Denn in sehr vielen Fällen gibt es noch andere Einkommensquellen oder Haushaltsmitglieder, die ebenfalls etwas zum gemeinsamen Budget beisteuern. So tragen zum Beispiel Arbeitnehmer, die weniger als 6 Euro je Stunde verdienen, im Durchschnitt nur 30 Prozent zum jeweiligen Haushaltseinkommen bei.



Niedrige Löhne vor allem im Osten ein Thema

So viel Prozent aller Beschäftigten verdienen je Stunde ...



Stand: 2011

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 19

Niedrige Löhne: Der Branchenfächer

So viel Prozent aller Beschäftigten in Deutschland verdienen je Stunde ...

bis ... Euro brutto	4,99	5,99	7,49	8,49	9,99
Land- und Forstwirtschaft/Fischerei	7,6	15,3	31,8	43,7	57,4
Handel/Gastronomie	9,5	16,0	27,7	36,4	50,7
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	4,6	8,8	15,2	22,2	33,0
Verarbeitendes Gewerbe	3,1	5,8	12,4	18,0	25,6
Sonstige Dienstleistungen	2,6	5,5	10,9	15,4	24,4
Baugewerbe	2,0	3,1	8,0	12,2	20,5
Bergbau/Energie	2,2	2,2	4,0	5,7	11,4
Banken/Versicherungen	1,4	1,7	2,9	7,3	9,9

Stand: 2011

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 19

Wer sind die Geringverdiener?

So viel Prozent der Beschäftigten dieses Haushaltstyps verdienen weniger als 8,50 Euro brutto je Stunde



Stand: 2011
 Ursprungsdaten:
 Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 19

Geringverdiener: Nur selten der Haushaltsvorstand

Arbeitnehmer mit einem Bruttostundenverdienst ... trugen im Jahr 2011 so viel Prozent zum Haushaltsnettoeinkommen bei



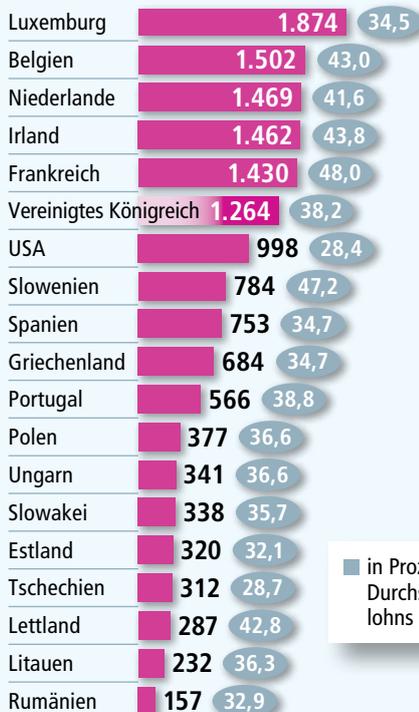
Quelle: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 19

Mindestlöhne international

Monatlicher gesetzlicher Bruttomindestlohn für einen Vollzeitjob in Euro



■ in Prozent des Durchschnittslohns

Bruttomindestlohn: Stand Februar 2013; in Prozent des Durchschnittslohns: Stand 2011
 Quellen: Eurostat, OECD

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 19

Mindestlöhne in Deutschland

Tarifliche Branchenmindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentendengesetz

Betroffene Beschäftigte	Bruttostundenlöhne in Euro
Bergbau-Spezialgesellschaften	2.500 11,53 bis 12,81
Berufliche Aus- und Weiterbildung	30.000 11,25 bis 12,60
Dachdeckerhandwerk	71.600 11,20
Bauhauptgewerbe	549.900 10,25 bis 13,70
Maler- und Lackiererhandwerk	113.800 9,75 bis 12,00
Abfallwirtschaft	175.000 8,68
Elektrohandwerk	295.700 8,65 bis 9,90
Pflegedienste	800.000 7,75 bis 8,75
Gebäudereinigerhandwerk	700.000 7,56 bis 11,33
Wach- und Sicherheitsgewerbe	170.000 7,50 bis 8,90
Zeitarbeit	780.000 7,50 bis 8,19
Wäschereien	35.000 7,00 bis 8,00

Stand: April 2013; Abfallwirtschaft: einschließlich Straßenreinigungs- und Winterdienst; Stundenlöhne: Unterschiede zwischen Bundesländern bzw. West- und Ostdeutschland; im Friseurhandwerk haben sich die Tarifparteien auf eine tarifliche Lohnuntergrenze geeinigt, die bis August 2015 bei 8,50 Euro je Stunde liegen und bundesweit für allgemeingültig erklärt werden soll; ab August 2013 soll die Untergrenze im Westen bei 7,50 und im Osten bei 6,50 Euro liegen
 Quellen: Bundesagentur für Arbeit, WSI-Tarifarchiv

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 19

Bild: lesniewski - Fotolia.com

Bienvenidos! Benvenuto! Welcome!

Zuwanderung. Viele Jahre lang war die Bundesrepublik für Fachkräfte aus dem Ausland wenig attraktiv. Mittlerweile hat sich der Wind gedreht. Im vergangenen Jahr kamen 370.000 Menschen mehr nach Deutschland, als weggezogen. Die meisten Zuwanderer sind gut ausgebildet und gehen hierzulande einem Beruf nach, für den es zu wenige heimische Fachkräfte gibt.

Viele Betriebe und Institutionen in Deutschland suchen händeringend Arbeitskräfte: Zurzeit fehlen ein paar Tausend Lehrer, 30.000 Pfleger und rund 40.000 Ingenieure. Auch Ärzte, Erzieher, Mechaniker und Informatiker sind vielerorts knapp. Das Nachwuchsproblem ist offenkundig: Die seit drei Jahrzehnten niedrige Geburtenrate – rein statistisch bekommt jede Frau in Deutschland im Durchschnitt nur 1,3 bis 1,4 Kinder – führt dazu, dass die Zahl der Erwerbstätigen sukzessive sinkt:

Im Jahr 2025 dürften dem deutschen Arbeitsmarkt rund 6 Millionen Erwerbspersonen weniger zur Verfügung stehen als heute – sofern nicht aktiv gegengesteuert wird.

Auch wenn in den kommenden Jahren mehr Frauen und ältere Menschen Vollzeit arbeiten sollten, reicht das nicht aus, um die heimische Wirtschaft in Schwung zu halten.

Um die Fachkräftelücke zu schließen, ist Deutschland deshalb auf qualifizierte Zuwanderer angewiesen. Die hohe Arbeitslosigkeit in anderen EU-Ländern sowie die jüngsten Reformen im deutschen Zuwanderungsrecht haben bereits dazu geführt, dass mittlerweile wieder deutlich mehr Menschen die Bundesrepublik zu ihrer neuen Wahlheimat machen (Grafik):

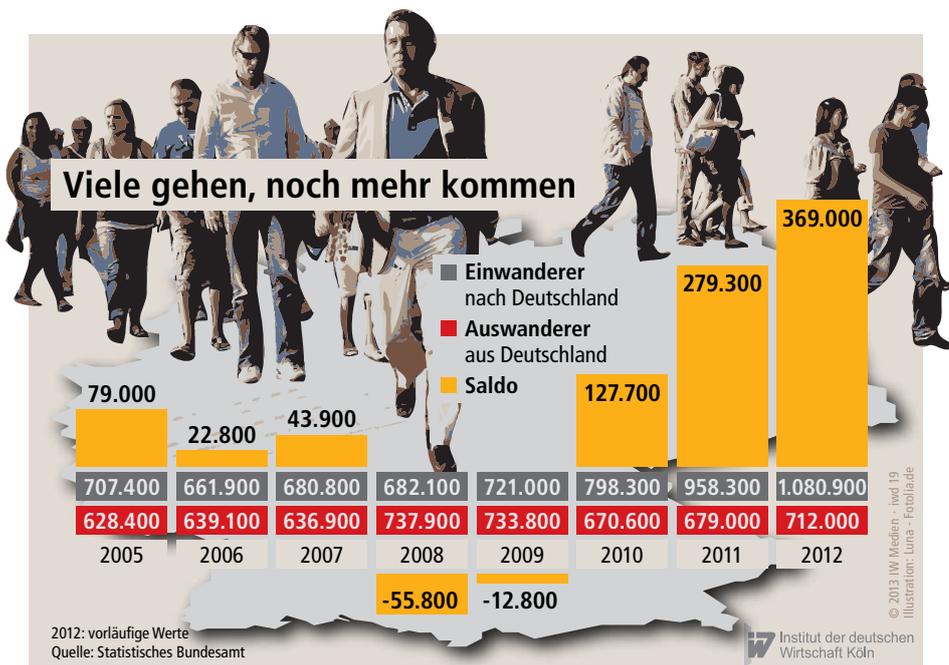
Im Jahr 2012 kamen fast 1,1 Millionen – abzüglich der 700.000 Auswanderer gewann Deutschland also knapp 370.000 Bürger hinzu.

So eine hohe Nettozuwanderung gab es zuletzt im Jahr 1995.

Es ist vor allem die gute Wirtschaftslage, die Deutschland für internationale Fachkräfte derzeit so attraktiv macht. Hier gibt es die Jobs, die in Spanien, Griechenland und Italien gerade nicht zu haben sind. In den Euro-Krisenländern ist die Arbeitslosenquote aktuell vier- bis fünfmal so hoch wie in Deutschland, vor allem viele Jugendliche in Südeuropa sehen für ihr Berufsleben in der Heimat schwarz.

Kein Wunder also, dass die Zuwanderung von EU-Bürgern aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sprunghaft gestiegen ist: Allein von 2011 bis 2012 legte sie zwischen 40 und 45 Prozent zu.

Das Gros der Einwanderer kommt allerdings aus dem Osten: Allein aus Ungarn, Polen, Tschechien, der Slowakei, Estland, Lettland, Litauen und Slowenien kamen 2012 netto rund 117.000 Menschen in die Bun-



Beispiel Region Ems-Achse

Die norddeutsche Region Ems-Achse bemüht sich aktiv um Jugendliche aus dem Ausland: Im April 2013 konnten 41 junge Spanier und ein Italiener ein Vorpraktikum in Unternehmen des Handwerks sowie des Hotel- und Gaststättengewerbes absolvieren und herausfinden, ob sie im August eine Ausbildung in dem jeweiligen Betrieb beginnen möchten. Unterstützung beim Einleben erhalten die jungen Leute von ihren Gastfamilien, außerdem steht ihnen eine sozialpädagogische Betreuerin zur Verfügung. Während des Programms können die Jugendlichen einen Deutschkurs besuchen.

desrepublik. Diese Einwanderer profitieren seit Mai 2011 von der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union, die EU-Bürgern das Recht einräumt, in alle Mitgliedsstaaten zu ziehen und dort ohne Einschränkung zu arbeiten.

Anders als in den 1950er und 1960er Jahren ist die neue Generation der Migranten gut ausgebildet. Zuletzt hatte nahezu jeder vierte Einwanderer aus Osteuropa ein Hochschulzeugnis im Gepäck, die Akademikerquote unter den Neuankömmlingen aus den EU-14-Ländern betrug zwischen 2000 und 2010 laut Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration sogar 45 Prozent. Diese Einwanderer-Elite spricht mehrere Sprachen, immer öfter auch Deutsch. Dazu beigetragen haben sicherlich auch die Goethe-Institute (Grafik):

Zwischen 2009 und 2012 erhöhte sich die Zahl der Deutschlerner an den Goethe-Instituten um 19 Prozent auf insgesamt knapp 247.000.

Besonders groß ist der Andrang in Südwesteuropa. Dort verzeichneten die Goethe-Institute im selben Zeitraum ein Teilnehmerplus von 42 Prozent. Kein Wunder: Deutschkenntnisse sind für einen erfolgreichen Start auf dem hiesigen Ar-

beitsmarkt sehr wichtig. Wer etwa mit einem ausländischen Berufsabschluss in der Pflege arbeiten will, kommt ohne Deutsch nicht weit.

Zurzeit stammen knapp zwei Drittel der Zuwanderer aus der EU. Deutschland bemüht sich darüber hinaus aber auch gezielt um qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten. Im August 2012 führte die Bundesregierung die sogenannte Blaue Karte ein, die Akademikern von außerhalb der EU den Zutritt zum deutschen Arbeitsmarkt erheblich erleichtert: Sobald Uni-Absolventen eine Stellenzusage mit einem Jahresgehalt von mindestens 46.400 Euro

nachweisen können, dürfen sie in die Bundesrepublik einreisen; bei Berufen mit großer Fachkräftelücke beträgt die Einkommensgrenze sogar nur 36.192 Euro.

Zwischen August 2012 und Januar 2013 stellte die Bundesregierung mehr als 4.100 Blaue Karten aus. Die meisten gingen an Fachkräfte aus Indien, China, Russland und den Vereinigten Staaten.

Beispiel Bundesregierung

Die Bundesregierung hat ein zweisprachiges Willkommensportal für ausländische Fachkräfte eingerichtet: „Make it in Germany“. Das im Juni 2012 freigeschaltete Portal ist bereits von rund 1,6 Millionen Interessenten angesurft worden, zu annähernd 90 Prozent aus dem Ausland. Um die deutschen Unternehmen in ihren Anstrengungen um die erfolgreiche Rekrutierung internationaler Fachkräfte zu würdigen, hat das Bundeswirtschaftsministerium außerdem im Februar erstmals den Preis „Vielfalt. Wachstum. Wohlstand.“ verliehen. Die vier ausgezeichneten mittelständischen Betriebe bieten ihren ausländischen Mitarbeitern kostenlose Deutschkurse und Mentorenprogramme an und bereiten die Stammebelegschaft mithilfe interkultureller Trainingseinheiten auf die neuen Kollegen vor.

Beispiel Hamburg

Die Hansestadt hat 2007 ein „Hamburg Welcome Center“ im Stadtzentrum eingerichtet, das Neuankömmlinge unterstützt: Zuwanderer können hier alles auf einmal erledigen und bekommen, was bei einem Länderumzug so anfällt – von der Beantragung eines Aufenthaltstitels bis hin zu Informationen übers Wohnen und Arbeiten. Das Modell hat sich bewährt: Seit Einführung der Blauen Karte im August 2012 wurden in Hamburg innerhalb von sieben Monaten 369 Karten ausgegeben, ein Großteil davon im „Hamburg Welcome Center“.

Deutsch lernen mit Goethe

So viele Teilnehmer besuchten einen Deutschkurs an einem Goethe-Institut

	2009	2010	2011	2012
Südwesteuropa	17.274	17.884	21.863	24.557
Südosteuropa	15.069	14.855	15.976	16.391
Südamerika	20.381	21.826	23.476	23.980
Subsahara-Afrika	7.879	8.759	9.822	10.505
Nordamerika	6.408	7.251	8.091	8.567
Restliche Regionen	140.955	146.493	155.359	162.566
Insgesamt	207.966	217.068	234.587	246.566

Quelle: Goethe-Institut

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 19



Mit angezogener Handbremse

IW-Konjunkturumfrage. Gut sechs von zehn Betrieben glauben mittelfristig an eine weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die übrigen sehen hingegen mit Sorge in die Zukunft – vor allem wegen steigender Energiepreise. Das ist die zentrale Antwort auf die Zusatzfrage, die das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Rahmen seiner halbjährlichen Konjunkturumfrage gestellt hat.

Die Ergebnisse der Befragung von fast 3.000 Unternehmen lauten im Einzelnen (Grafik):

Stabile Inlandskonjunktur. Knapp 60 Prozent der Betriebe gehen von einer gleichbleibenden Entwicklung aus. Ein Viertel erwartet wieder mehr Investitionen, ein Fünftel hält das Gegenteil für wahrscheinlich. Ebenfalls ein Fünftel der Unternehmen setzt auf einen Aufwärtstrend beim Konsum und auf dem Arbeitsmarkt – genauso viele rechnen mit einer Verschlechterung.

Konjunkturumfrage: Die Zuversicht überwiegt

Auf die Frage „Gehen Sie davon aus, dass sich die Konjunktur in Deutschland mittelfristig positiv entwickeln wird?“ antworteten so viel Prozent der Unternehmen mit ...



Rest zu 100: keine Veränderung erwartet; Quelle: IW-Befragung von 2.292 Unternehmen in Westdeutschland und 629 Unternehmen in Ostdeutschland im März/April 2013

So viel Prozent der Unternehmen begründeten ihre Einschätzung mit einer erwarteten ... in diesen Bereichen:

	... Verbesserung	... Verschlechterung
Wachstum in aufstrebenden Volkswirtschaften	55	8
Inländische Investitionstätigkeit	26	22
Arbeitsmarkt und Inlandskonsum	22	20
Wachstum in Europa	17	42
Finanzierungsbedingungen der Banken	7	31
Politische Stabilität in Europa	7	39
Arbeitskosten	3	55
Energiekosten	2	88
Steuern	2	39

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwvd 19

Adressaufkleber

Konstante Finanzierungsbedingungen. Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank hat dazu beigetragen, die Finanzmärkte zu beruhigen, die Finanzmärkte zu beruhigen. Für die Bundesregierung ist es billiger geworden, an frisches Geld zu kommen. Die niedrigen Zinsen haben aber auch Nachteile – für Sparer und Anleger. Sie weichen auf Gold und Immobilien aus und riskieren einen hohen Preisverfall.

Gut 30 Prozent der deutschen Unternehmen gehen davon aus, dass sich die Bedingungen der Banken mittelfristig wieder verschlechtern werden.

Nur 7 Prozent vertrauen auf eine weitere Verbesserung, der Rest erwartet gleichbleibende Konditionen.

Steigende Kosten. Gut jeder zweite Betrieb hält steigende Arbeitskosten für wahrscheinlich, 40 Prozent befürchten höhere Steuern. Dass die

Regierung die Steuern senken wird, vermuten nur knapp 2 Prozent. Neun von zehn Firmen befürchten höhere Energiekosten, obwohl die Rohstoffpreise derzeit eher stabil sind, teilweise sogar sinken.

Europa bleibt schwach. Dass die Schwellenländer weiter wachsen werden, sagen 55 Prozent der Unternehmen voraus. Für Europa kalkulieren vier von zehn Firmen Wachstumsprobleme ein. Damit bleibt der europäische Markt ein Sorgenkind.

Politische Vertrauenskrise. Knapp 40 Prozent der Betriebe erwarten eine Verschlechterung des politischen Zusammenhalts in Europa, nur gut 7 Prozent eine Verbesserung. Dies ist eine deutliche Ansage an die Politik, für einen klaren und verlässlichen Kurs in der europäischen Schuldenkrise zu sorgen.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwvd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwvd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.